

# Warum verfälschen die aggressivsten Kreise des Imperialismus Reykjavik?

- **Kräfte des Militarismus befürchten Isolierung'**
- **Washington beharrt auf „Sternenkriegsprojekt“**
- **Jahrhundertlüge soll Hochrüstung rechtfertigen**

Im Kampf um die Bannung der Gefahr eines nuklearen Infernos hat das Gipfeltreffen in Reykjavik zwischen Michail Gorbatschow und Ronald Reagan die Möglichkeiten und Wege zu konkreten Vereinbarungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung aufgezeigt. Deutlicher denn je trat zutage, erklärte Genosse Erich Honecker in seinem Neujahrsartikel, „daß praktische Vereinbarungen über die Abrüstung nicht nur notwendig, sondern auch möglich sind“. Und, daß in den Bemühungen um ihr Zustandekommen keinen Augenblick nachgelassen werden dürfe.

Die Sowjetunion ist in Reykjavik - wie sie es generell tut - in Übereinstimmung mit den Wünschen und Forderungen aller friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte unseres Erdballs konsequent für eine Welt ohne Krieg eingetreten und hat dabei sehr weitreichende Vorschläge unterbreitet.

Bereits im Januar 1985 hatte die UdSSR den USA als Mandat und Ziel der dann zwischen beiden Staaten beginnenden Genfer Abrüstungsverhandlungen vorgeschlagen, das Wettrüsten im Weltraum zu verhindern, es auf der Erde zu beenden, die nuklearen Potentiale zu reduzieren und die strategische Parität zu gewährleisten. Im Ergebnis des Genfer Gipfels im November 1985 gingen in die Gemeinsame

Erklärung von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan solche Erkenntnisse bzw. Einsichten des nuklear-kosmischen Zeitalters ein, „daß ein Kernwaffenkrieg nicht entfesselt werden darf, und daß es in ihm keine Sieger geben kann“. Schlußfolgernd daraus wurde erklärt, daß beide Seiten „nicht nach Erlangung militärischer Überlegenheit streben“.

Entsprechend Geist und Buchstaben dieser Erklärung unterbreiteten 1986 die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Vertrages ein komplexes Programm zur Befreiung der Welt von nuklearen Waffen bis zum Jahr 2000 sowie zur radikalen Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen auf unserem Kontinent zwischen Ural und Atlantik, das weltweit ein großes und zustimmendes Echo fand.

Und in Reykjavik? Basierend auf den sowjetischen Vorschlägen kam es zu einem Einvernehmen zwischen UdSSR und USA in folgenden Positionen: In den ersten 5 Jahren werden die strategischen Offensivwaffen beider Seiten um die Hälfte verringert und im Laufe des zweiten Jahrzehnts alle restlichen beseitigt. Die Mittelstreckenraketen beider Seiten in Europa werden vollständig liquidiert, die Zahl der Raketen dieser Klasse in Asien bzw. den USA auf 100 beschränkt. Die auf unserem Kontinent stationierten

Raketen mit geringer Reichweite werden auf dem gegenwärtigen Stand eingefroren. UdSSR und USA treten im Laufe von zehn Jahren nicht aus dem ABM-Vertrag aus. Es werden Verhandlungen über die Einstellung der Nuklearversuche aufgenommen.

Auf diese weitreichenden, konkreten sowjetischen Abrüstungsvorschläge reagierte der Militär-Industrie-Komplex der USA, dessen Interessen- und Sachverwalter die Reagan-Administration ist, zutiefst schockiert. Denn für seine menschenfeindlichen Ziele bedeutete solch ein Verlauf des Gipfels in Reykjavik höchste Gefahr.

Warum? Die Antwort ist eindeutig. Der Militär-Industrie-Komplex der USA sah seine Profitfelle in Milliardenhöhe davonschwimmen, die ihm die Produktion von MX-Raketen, Pershing, B-1-Bombern oder Atom-U-Booten mit den neuen Trident-Raketen einbringen. Gleichzeitig befürchtete er, daß sich mit der Verringerung der aus dieser wahnwitzigen Hochrüstung erzielten Milliardenprofite auch sein politischer Machteinfluß verringern würde. Deshalb ließ die Washingtoner Administration in der isländischen Hauptstadt so mögliche, greifbar nahe Ergebnisse in Reykjavik an der Weigerung scheitern, auf ihr „Sternenkriegsprogramm“ SDI und damit auf das illusionäre Streben nach militärischer Überlegenheit zu verzichten. Eine historische Chance wurde vertan.

Mit brüchiger Stimme, so westliche Nachrichtenagenturen, sprach Ronald Reagan noch in Reykjavik vom Scheitern des Gipfels. USA-Außenminister George